Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang | Donnerstag, 17. März 1921 | Nummer 128 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationale Anleihe für Oesterreich

Die Londoner Konferenz und die Finanznot Oesterreichs

E.E. London, 17. März.

Heute vormittag werden die Vertreter Oesterreichs neuerdings vor den Vertretern der Alliierten erscheinen, um endgültig zu erfahren, welche Beschlüsse gefaßt wurden. Es handelt sich um die Frage, ob alle Länder, zunächst jene, welche im Finanzkomitee des Völkerbundes vertreten sind, dann aber auch alle übrigen Gläubiger Oesterreichs auf ihre Entschädigungsforderung verzichten sollen. Die österreichische Sektion der Revisionskommission wird aufgelöst. Die Finanzkommission des Völkerbundes wird eine Anleihe zugunsten Oesterreichs ausgeben, und zwar unter den Modalitäten, wie sie der Holländer Ter Meulen auf der Brüsseler Konferenz vorgeschlagen hat. **Es werden alle Staatseinkünfte Oesterreichs, namentlich Zölle, Naturprodukte und Eisenbahnen als Garantien für diese Anleihe gegeben werden.** Damit wird das Finanzkomitee des Völkerbundes die Kontrolle über die österreichischen Finanzen übernehmen. Oesterreich fordert beträchtliche Kredite in Höhe von 250 Millionen Dollar. Die Finanzsachverständigen unterlassen es, eine endgültige Summe, für die die neue Anleihe ausgegeben werden soll, in ihren Berichten zu nennen, weil sie zunächst sehen wollen, wie sich das internationale Kapital zu dieser Anleihe stellt. Der Plan Loucheur, eine internationale Bank zu gründen, welche die Bodenprodukte Oesterreichs ausbeuten soll, wurde fallen gelassen.

Die Anleihe, die zugunsten Oesterreichs ausgegeben werden soll, ist dazu bestimmt, diesem Lande nicht nur Lebensmittel, sondern auch große Vorräte von Rohstoffen zu verschaffen. Man gibt sich in alliierten Kreisen der Hoffnung hin, daß sich auch die Vereinigten Staaten an dieser Anleihe beteiligen werden, obwohl sie nunmehr unter dem Schutz des Völkerbundes ausgegeben werden soll. Allerdings hat man auch Bedenken, ob sie die Lebensmittelunterstützungen, die sie Oesterreich zukommen ließen, nicht werden fortfallen lassen, doch glaubt man immerhin, daß Amerika eher geneigt sein werde, mit der Finanzkommission des Völkerbundes zu beraten, als mit der, wie der „Newyork Herald" sich berichten läßt, „unmöglichen Reparationskommission". Man hofft auch, daß die Vereinigten Staaten gleich den übrigen Gläubigern Oesterreichs einstweilen auf die Rückzahlung der Schulden verzichten würden, und daß bei dieser Gelegenheit Präsident Harding sich das erste Mal mit europäischen Fragen befassen werde. — Allerdings verhehlt man sich in London nicht, daß dieser Finanzplan nur durchgeführt werden könne, wenn die Vereinigten Staaten geneigt wären, an seiner Durchführung mitzuwirken.

Internationale Arbeiterschaft und Wiedergutmachung

Paris, 17. März.

In Ergänzung der in unserer heutigen Morgenausgabe gebrachten Mitteilung über die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam meldet das Pariser „Le Peuple": Die Hauptfrage auf der Tagesordnung war die internationale Lage, die durch das Mißlingen der Londoner Konferenz geschaffen worden ist. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den Oberleitungen in den dem Verbande angehörenden Ländern mitgeteilt werden soll. In dieser Entschließung erklärt sich der Internationale Gewerkschaftsbund von der Berechtigung der Reparationen und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete überzeugt. Aber er erklärt auch, daß diese nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller beteiligten Länder errungen werden können. Die Entschließung des internationalen Gewerkschaftsverbandes wird durch eine Erklärung der deutschen Arbeiterverbände vervollständigt, die mit den Unterschriften der Arbeitervertreter Graßmann und Hue versehen ist. Die Unterzeichner geben namentlich ihrer Meinung Ausdruck, daß eine rasche Reparation der durch den Krieg verursachten Schäden eine der dringlichsten Aufgaben ist, die der zivilisierten Welt in ihrer Gesamtheit zufällt. In allererster Linie muß an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens herangegangen werden. Die Erklärung schließt: Es besteht kein Zweifel, daß unsere deutschen Gewerkschaften zwecks raschester Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigen beteiligten Arbeiterkreise aufbieten werden.

Die Wahlen in Mecklenburg

Von Franz Künstler

Das Ergebnis der Landtagswahl am vergangenen Sonntag hat keine der beteiligten Parteien auch nur annähernd befriedigt. Wie der alte Landtag, so hat auch der neue keine tragfähige Mehrheit für eine Regierung aufzuweisen. Nach den bisher vorliegenden Wahlresultaten treten die bürgerlichen Parteien, von ganz unwesentlichen Verschiebungen abgesehen, ungeschwächt in das neue Parlament ein. Auch die Rechtssozialisten haben, bis auf 1—2 Mandate, die sie eingebüßt haben, ihre alte Stärke behauptet. Somit werden wieder die Demokraten, die nach den bisherigen Meldungen drei Abgeordnete in den Landtag senden, das Zünglein an der Wage bilden.

Mit der Konstituierung des Landtages wird auch gleichzeitig die Frage der Regierungsbildung aufgerollt werden. Das gegenwärtige rechtssozialistische Ministerium Stelling ist als ein Provisorium gebildet worden, nachdem der alte Landtag am 25. Januar 1921 seine Auflösung unter gleichzeitiger Anordnung der Neuwahlen beschloß. Die Demokraten lehnten seinerzeit eine Beteiligung an der Regierung mit der Begründung ab, daß eine Regierung, nur aus Rechtssozialisten und Demokraten bestehend, als Minderheitsregierung nicht lebensfähig sei. Verharren sie auch im neuen Landtage auf diesem Standpunkt, so unternimmt vielleicht der Universitätsprofessor Reincke-Bloch zum zweitenmal den Versuch, ein Kabinett zustande zu bringen. Nach den Erfahrungen, die der alte Landtag und das mecklenburgische Volk mit Reincke-Bloch und seinen Trabanten, wie Schmidt und Dettmann, gemacht hat, ist es wohl auf Grund ihrer bisherigen Haltung ausgeschlossen, daß die Rechtssozialisten eine solche Regierung unter Führung der Deutschen Volkspartei auch nur durch loyales Verhalten unterstützen können.

Somit ist durch die Zusammensetzung des neuen Landtages auch hier für die Rechtssozialisten die Frage gestellt: Eintritt in die Regierung unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Lehnen sie dies ab, so ist derselbe Zustand gegeben, der unter anderem die Auflösung des alten Landtages herbeiführte. Kommen die Parteien zu keiner Verständigung, so müßte der Landtag erneut der Auflösung verfallen. Doch überlassen wir das den daran interessierten Parteien.

Wie nach der Wahl in Preußen, so wird auch jetzt in bezug auf den Ausfall der Wahl in Mecklenburg, von der gesamten bürgerlichen, rechtssozialistischen und kommunistischen Presse von dem katastrophalen Zusammenbruch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gesprochen. Es wäre töricht, die Niederlagen bei den letzten Wahlen leugnen zu wollen. Darüber mußte man sich von vornherein klar sein, daß durch die Spaltung vorübergehend, aber nur vorübergehend, eine Schwächung der Partei eintreten mußte. Nachdem die Kommunisten den gesamten Organisationsapparat (Presse, Sekretariat) an sich gerissen hatten, war der Zweck unserer Wahlbeteiligung, die vollständig zerrüttete Organisation unserer Partei wieder aufzurichten. Wie überall, so wurde auch in Mecklenburg, von den Kommunisten der Kampf in erster Linie gegen die U. S. P. mit den unwürdigsten Mitteln geführt. In ihrem Organ, die „Volkswacht", eine der besonders sehr „geistreich" geleiteten kommunistischen Zeitungen, wurden täglich die heftigsten und schmutzigsten Angriffe gegen Führer und Partei erhoben. Immer und immer wieder wurde den Arbeitern erzählt, die U. S. P. bestehe nicht mehr. Was noch vorhanden sei, sei ein belangloses Anhängsel der rechtssozialistischen Partei. Ihr Haß gegen die unabhängigen Klassengenossen ging so weit, daß sie nicht einmal gegen Bezahlung Versammlungsanzeigen für die U. S. P. D. in ihrem Organ aufnahmen, während sie selbst in Stinnes-Zeitungen ihre Versammlungen publizierten. Das geschah alles unter der Leitung des anerkannten Führers der Kommunisten, Herbert v. Mayenburg, der selbst während der Diskussion über die Anschlußbedingungen der U. S. P. an Moskau eine Zeitlang mit seinem Fraktionskollegen Fuchs die Bedingungen für unannehmbar erklärt hat. Versammlungssprengungen blieben natürlich auch nicht aus. Durch das Fehlen einer eigenen Zeitung waren daher unsere Genossen nicht in der Lage, all die üblen Angriffe abwehren und Verleumdungen zurückweisen zu können. Trotz Presse und dreier Sekretäre konnte die K. P. D. nur rund 13 000 Stimmen aufbringen. Ein Resultat, welches angesichts des immerhin umfangreichen Organisationsapparates durchaus keinen Anlaß zur Siegesstimmung geben sollte. Sind doch von den 24 567 Stimmen, die die U. S. P. bei den Landtagswahlen am 13. Juni 1920 musterte, rund 8000 Wähler spurlos verschwunden. Bei einer Wahlbeteiligung von durchweg 90 Prozent sind die Kommunisten trotz ihrer Organisation nicht in der Lage gewesen, restlos die unabhängigen Stimmen vom Juni 1920 an sich zu ziehen.

Wenn dann die U. S. P. ohne jede Organisation, und das wissen die Kommunisten wie auch die Rechtssozialisten sehr genau, annähernd 2000 Stimmen auf ihre Liste vereinigte, so ist das gewiß kein Wahlerfolg, aber der erste Schritt, nach der Spaltung, unsere Organisation wieder aufrichten zu können. Dafür bürgt die grenzenlose treue Hingabe jener rund 300 zählenden Genossen, welche über ganz Mecklenburg verteilt, all die schweren Arbeiten ohne jede technischen Hilfsmittel bewältigt haben. Bewältigt, so gut es eben unter den besonderen, durch die Spaltung hervorgerufenen Verhältnissen ging.

Den klarsten Einblick, wie schwach unsere Organisation während des Wahlkampfes war, gewinnt man aus den vom Wahlausschuß von Mecklenburg veröffentlichten statistischen Erhebungen über Wahlbeteiligung und Stimmabgabe für die einzelnen Parteien. **Aus diesen Erhebungen ist zu ersehen, daß in dem 42**

Die französischen Metallarbeiter gegen Moskau

TU. Paris, 17. März.

In der Sitzung des Nationalen Komitees der Metallarbeiter haben die radikalen Delegierten der Pariser Gegend gegen den Ausschluß der der Moskauer Internationale angeschlossenen Fachvereinigung protestiert. Sie reichten eine Resolution ein, worin der Sekretär Merrheim, ein Gegner Moskaus, getadelt wird. Die Haltung Merrheims wurde jedoch gegen zehn Stimmen gutgeheißen und mit allen gegen eine Stimme wurde er in seiner Stellung belassen.

Das englisch-russische Handelsabkommen

Nach langen Verhandlungen ist ein Vertrag zwischen England und Rußland unterschrieben worden. Die englische Regierung sieht in der Sowjet-Macht keinen gefährlichen Gegner mehr, möchte sich aber andererseits als erste Großmacht die, wenn auch zunächst nicht bedeutende Vorteile aus der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen sichern. Dies umso mehr, als ein solcher Vertrag auch der englischen Regierung eine Vorzugsstellung bei jeder künftigen russischen Regierung einzuräumen geeignet ist.

Der Vertrag setzt zunächst fest, daß sich jede Partei jeder feindseligen Tat gegen die andere Partei enthalte sowie außerhalb ihrer Grenzen keine offizielle Propaganda weder direkt noch indirekt gegen die Interessen des britischen Reiches oder der russischen Sowjetrepublik führen soll, und daß sich ganz besonders die russische Sowjetregierung jeden Versuches enthalte, Propaganda zu einer feindseligen Aktion gegen die Interessen des britischen Reiches, insbesondere in Asien und Afghanistan zu treiben.

Das bedeutet den Verzicht auf jede aktive Politik Sowjetrußlands im Osten, die einer Kapitulation sehr nahe kommt. Andererseits gibt sie England die Gelegenheit, jeden Moment den Vertrag aufzuheben, unter dem Vorwand, daß die Sowjetregierung diese Bedingung nicht eingehalten habe.

Ökonomisch muß man sich vor jeder Ueberschätzung hüten. Der Vertrag wird im Wesentlichen berichten, daß der Rest des russischen Volkes sogleich zur Deckung der allerdringendsten Bedürfnisse nach England wandern wird. Die Goldmengen sind zu klein, der russische Warenbedarf zu groß, als daß auf diese Weise eine dauernde Milderung der russischen Wirtschaftsnot erzielt werden könnte.

Die Schuld am Kriege

Der Reichstag begann heute seine Beratungen bereits um 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die

Etatsberatung.

Bei dem **Etat des Reichswirtschaftsministerium** entspinnt sich eine teilweise heitere Debatte über die Weine. Anlaß dazu gibt ein Antrag der Deutschnationalen, für die über die Westgrenze nach Deutschland eingeführten Weine die Verpflichtung zur Angabe des Anbaugebietes einzuführen und die Einfuhr der Weine in keiner Weise zu begünstigen. Der Antrag wird, nachdem sich der unabhängige Abg. Geck gegen die nationalistische Begründung des Antragstellers gewandt hat, angenommen.

Bei der Beratung des **Etats des Ministers des Auswärtigen** spricht zunächst **Bernstein** (Soz.): Die auswärtige Politik muß in Verbindung mit der inneren von neuem Geiste erfüllt sein. Wir brauchen das Vertrauen der ganzen Welt zu unserer Demokratie. Die Rechtsparteien erschüttern dieses Vertrauen. Zwei Hauptfehler sind unserer auswärtigen Politik vorzuwerfen: erstens, man hat sich nicht zu dem bekannt, was die ganze Welt und die Mehrheit unseres eigenen Volkes glaubt: **zu der Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Kriege.** Die englische Zeitschrift „New Statesman" verurteilt in einem Artikel „Der Gipfel des Wahnsinns" aufs heftigste die Sanktionen, meint aber auch, daß wir zwei Lehren von London mitnehmen sollten: es sei töricht, die Schuld der kaiserlichen Regierung am Kriege zu leugnen. Die zweite Lehre sei für England: **es dürfe sich nicht zu tief in Frankreichs Politik einlassen. Daß das kaiserliche Deutschland im Verein mit Oesterreich den unmittelbaren Anlaß zu dem Weltkrieg gegeben hat, muß von pflichtbewußten Volksvertretern festgestellt werden.** Für die Schuld der damaligen Regierung darf aber nicht das Volk in vollen Maße haftbar gemacht werden. Wir protestieren dagegen, daß die deutsche Politik von Stinnes gemacht wird. Die englischen unabhängigen Liberalen und die Arbeiterpartei sehen das größte Mißtrauen gegen die Besetzung Westdeutschlands. Die finanziellen Zumutungen dürfen nur einen Umfang annehmen, der unser Wirtschaftsleben am wenigsten schädigt. Der Einspruch der deutschen Republik gegen die Forderungen der Entente kann aber nur zur Tat werden, wenn er unterstützt wird von der Arbeiterinternationale aller Länder.

Nach Bernstein spricht Genosse **Breitscheid**, dessen Rede wir in der Freitag-Morgenausgabe veröffentlichen werden.

Keine Mobilisation in der Tschechoslowakei. Auf eine Anfrage des deutschbürgerlichen Senators Karl Friedrich erwiderte der tschechische Kriegsminister: Es ist kein Heeresteil mobilisiert. Im Gegenteil, wir sind unter dem Stande. Auch ist es nicht wahr, daß im Grenzgebiet eine Division konzentriert ist.

Abstimmungsbriefmarken. Die Interalliierte Kommission in Oppeln gibt bekannt, daß am Abstimmungstage besondere Briefmarken in den Werten von zehn bis hundert Pfennigen einschließlich ausgegeben werden. Die bisherigen Briefmarken werden mit dem Aufdruck: „Abstimmung 20. 3. 21" versehen.

Städte und an rund 2000 Dörfer zählenden Mecklenburg mit seinen 2500 Wahllokalen, die U. S. P., abgesehen von den 4 Städten Schwerin, Wismar, Rostock und Güstrow, nur in ganz wenigen Orten Stimmzettel an den Mann bringen konnte. Dies alles legen wir ganz offen zutage, selbst auf die Gefahr, daß unsere politischen Gegner diese unsere organisatorische Schwäche ausnutzen werden. Wir decken die Dinge restlos auf, um zu zeigen, daß nicht die Partei und ihre Ideen in sich zusammengebrochen sind, sondern durch das Zerstörungswerk der Kommunisten nicht nur die Organisation der U. S. P. in Mecklenburg zerstört wurde, sondern auch die gesamte, in aufsteigender Linie befindliche Revolutionierung der mecklenburgischen Arbeiterbewegung zerschlagen ist. Für unsere mecklenburgischen Genossen ist es eine ehrenvolle Aufgabe, die während des Wahlkampfes angeknüpften, losen organisatorischen Verbindungen zu stärken und auszubauen. Trotz der Aeußerungen vom katastrophalen Zusammenbruch wird auch die U. S. P. in Mecklenburg sich so festigen, daß in nicht allzulanger Zeit die alte Partei zurückerobert wird.

Nordbayern gegen Kahr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Nürnberg, den 16. März.

In Nordbayern hat die Landtagsrede des Herrn von Kahr bei allen normal denkenden Menschen scharfe Ablehnung erfahren. Nur die reaktionäre Presse, geführt von dem alldeutschen „Fränk. Kurier", jubelt über die Kriegserklärung der Münchener Regierung an das Reich, nachdem sie wochenlang von der deutschen „Einheitsfront" geschrieben.

An die bayrische Arbeiterschaft tritt nun erneut die Anforderung höchster Tatbereitschaft heran. Die dauernde Beunruhigung, die die Kahrsche Politik in die Bevölkerung trägt, die bereits eingetretene Schädigung der nordbayerischen Industrie, die drohende Gefahr der Besetzung durch die Tschechen haben in der nordbayerischen Arbeiterschaft eine Stimmung erzeugt, die sehr leicht zu energischen Maßnahmen gegen die Münchener Wirtschaft führen kann. In Nordbayern ist man heute der Anschauung, dieses unverantwortliche Treiben in München nicht länger mitzumachen. Der Gedanke der Loslösung von Südbayern rückt immer mehr in den Vordergrund. Gehen die Dinge so weiter, dann wird die nordbayerische Bevölkerung im Herbst dieses Jahres von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Recht der Loslösungsbefragung zweifellos Gebrauch machen.

Unsere Partei hat bereits gegen die Kahrpolitik in einer großen Mitgliederversammlung Stellung genommen. In der angenommenen Entschließung wird gegen das verderbliche Auftreten Kahrs, der durch sein kraftmeierisches Auftreten dem separatistischen Machtstandpunkt zuliebe der Außenpolitik immer neue Schwierigkeiten bereitet, aufs schärfste protestiert. Die Entwaffnungsfrage sei eine untergeordnete südbayrische Angelegenheit. Am Schluß ruft unsere Partei die Arbeiter auf, sich schlagbereit zu halten, um alle reichs- und arbeiterfeindliche Politik der südbayerischen Reaktion niederzuschlagen.

Wir hoffen, daß dieser Appell bei der gesamten bayerischen Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Richtungen, Gehör finden wird. Allzulange schon hat die bayerische Arbeiterschaft den Uebermut der Reaktion geduldet und es ist Zeit, daß dem frevlen Spiel endlich ein Ende gemacht wird.

Neue Sanktionen in Aussicht

Auf eine Anfrage erklärte Bonar Law im englischen Unterhaus namens der Regierung, daß die bayerische Widerspenstigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, über deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

Auswärtige Politik im Reichswirtschaftsrat

Da der Reichswirtschaftsrat nun einmal besteht, erschien gestern der Wirtschaftsminister Dr. Scholz und der Außenminister Dr. Simons, um auch dort einige Erläuterungen über die Wiedergutmachungsfrage und die internationale Krise abzugeben. Aus der Erklärung von Scholz geht hervor, daß die Regierung noch keine endgültigen Beschlüsse über Maßregeln, die die Wirkungen der Strafmaßnahmen abschwächen sollen, gefaßt hat. Der Wirtschaftsminister begnügte sich daher auch mit ziemlich allgemeinen Redensarten: der Außenhandel müßte sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen und neue Wege, namentlich im Osten, suchen; die Bautätigkeit müsse wieder belebt werden usw. Bemerkenswert ist nur, daß der volksparteiliche Wirtschaftsminister auch diese Gelegenheit offenbar dazu ausnutzen will, die Organisation des Außenhandels und namentlich auch die Ausfuhrabgaben möglichst zu beseitigen und so der Wiederherstellung der ungebundenen kapitalistischen Wirtschaft den Weg zu bereiten.

Dr. Simons erklärte, daß wir über kurz oder lang wieder zu Verhandlungen kommen werden. Wir müssen das Problem jetzt von einer andern Seite anfassen und die Aufgabe des Wiederaufbaues in den Mittelpunkt unserer ganzen Vorbereitungen stellen. Dafür müsse ein Plan in großem Stile ausgearbeitet werden. Daneben müsse durch eine Anleihe der dringenden Kapitalnot der französischen Wirtschaft abzuhelfen gesucht werden. Damit hat Dr. Simons zugegeben, daß bisher die Beratungen über den Wiederaufbau von der deutschen Regierung völlig ungenügend vorbereitet waren.

Häuslicher Streit

Aus Anlaß der von uns gestern gemeldeten Beschlüsse des Generalrats der belgischen sozialistischen Partei richtet der „Vorwärts" folgende Fragen an die belgische Partei:

„Ist es richtig, daß der Ausschuß der belgischen Repräsentantenkammer für auswärtige Angelegenheiten, dem vier Sozialisten angehören, nach der Pariser Zusammenkunft einstimmig das Verhalten der belgischen Delegierten gebilligt hat?

Ist es richtig, daß nach der Rückkehr der beiden belgischen Vertreter der sozialistische Präsident der Kammer, Brunet, diese beiden Vertreter wegen ihrer Haltung beglückwünscht hat?

Ist es richtig, daß derselbe Ausschuß während der Londoner Tagung einstimmig beschlossen hat, die belgischen Vertreter zu ersuchen, bei den Pariser Beschlüssen bestehen zu bleiben?

Ist es richtig, daß die sozialistischen Parlamentarier Brunet und Destrée sich öffentlich für die Bildung eines selbständigen rheinischen Pufferstaates ausgesprochen haben, ohne daß die sozialistische Partei Belgiens irgend etwas gegen diese beiden unternommen hat?"

Die belgische Partei gehört ebenso wie die deutschen Rechtssozialisten der sozialpatriotischen zweiten Internationale an. Der keineswegs zufällige Gegensatz, in den sie nun zu der verbündeten deutschen Partei geraten ist, zeigt deutlicher als lange theoretische Erörterungen die völlige Lebensunfähigkeit der sogenannten zweiten Internationale.

Die neue Zollgrenze

EE. Paris, 17. März.

Die Zollgrenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wird in ungefähr einer Woche errichtet sein. Wenigstens muß man dies nach gestrigen Mitteilungen der Rheinlandkommission gegen über dem Vertreter des „New York Herald" annehmen. Die Zolltarife sollen sehr gering werden, in vielen Fällen niedriger als die gegenwärtig durch die deutsche Regierung eingehobenen Zollsätze. Die deutschen Zollbeamten werden gemeinsam mit den Alliierten arbeiten, und zwar werden die deutschen Zollbeamten die Verzollung der Waren vornehmen und die alliierten Zollbeamten die Einnahmen einkassieren. Die Beträge werden der Rheinlandkommission übergeben. Die französischen Zollposten im Brückenkopfe von Mainz und die Interalliierte Rheinlandkommission warten nur auf Weisungen vom Obersten Rate, um ihre Arbeit aufzunehmen.

In Koblenz sind zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen und warten, ob sie in der amerikanischen Zone ihre Macht ausüben können oder nicht. Die Amerikaner dürften sich an der Zolleinnahme zweifellos nicht beteiligen und die Franzosen sollen im Koblenzer Brückenkopf dieses Amt ausüben. Die Mitglieder der Rheinlandkommission sind durchaus ungewiß, wie die Grundsätze, die für die Zolleinnahme ausgegeben wurden, sich werden praktisch zur Anwendung bringen lassen. Die Franzosen hoffen wohl, daß man große Summen dadurch hereinbringen werde, doch muß man feststellen, daß die ganzen deutschen Zolleinnahmen im letzten Jahre nur 3000 Millionen Pfund Sterling betragen haben, und daß man durch die Errichtung der Zollgrenze nur wenige hundert Millionen Pfund wird einnehmen können.

Inzwischen kommt eine Meldung aus Washington, nach der General Allen, der Kommandeur der amerikanischen Truppen am Rhein, die Interalliierte Rheinlandkommission ersucht hat, die amerikanischen Truppen bei der beabsichtigten Einführung der Zollgrenze am Rhein mitwirken zu lassen.

Die Rede Briands über London

HN. Paris, 17. März.

In Beantwortung der Interpellationen erklärte Briand in der Kammer, daß die Londoner Konferenz alle zur Erörterung stehenden Fragen zur Lösung gebracht habe. Er habe also ein Recht, festzustellen, daß die belgische, die englische und die französische Fahne nebeneinander auf dem rechten Ufer des Rheines wehen als Zeichen des Willens der Alliierten, Deutschland zu zwingen, den Alliierten gegenüber seine Verpflichtungen innezuhalten. Die Sanktionen seien einstimmig von den Alliierten angenommen worden, nicht zuletzt wegen der Haltung von Dr. Simons. Briand erklärte weiter: Die deutsche Delegation in London war davon überzeugt, daß die Alliierten über die Ausführung der Sanktionen nicht einig werden würden. Sie hatten dabei den Nebengedanken, daß die Alliierten sicher mit dem Aufruhr der deutschen Arbeiter empfangen werden würden. Diese aber haben begriffen, daß die alliierten Truppen nur kommen, um den geschlossenen Verträgen Respekt zu verschaffen, und daß die Sanktionen unvermeidlich notwendig sind. Sie denken nicht daran, ihre Haltung mit derjenigen der deutschen Großindustriellen und Imperialisten zu identifizieren. Wir haben das deutsche non possumus (wir können nicht!) nur unter Vorbehalt angenommen und müssen den Deutschen klar machen, daß die Alliierten einig bleiben werden in der Durchführung der Sanktionen solange, bis die schlechte Treue Deutschlands ans Tageslicht kommt, bis Deutschland zu der Entdeckung überraschender Hilfsmittel gelangen wird. Deutschland versuchte als Vetter Konzessionen zu erlangen und rechnete mit der Uneinigkeit der Alliierten. Aber morgen werden die Alliierten ein anderes Deutschland zu sehen bekommen, das gerüstet ist, um auf wirtschaftlichem Gebiet mit einem Imperialismus hervorzutreten, den es auf politischem Gebiet nicht betreiben konnte. Briand erinnerte daran, daß Deutschland, obwohl es behauptete, keine 500 000 Tonnen Kohle monatlich liefern zu können, infolge des Ultimatums tatsächlich zwei Millionen Tonnen geliefert habe, und daß Deutschland auf der Londoner Konferenz unter der Androhung eines Ultimatums die fünf ersten Annuitäten des Pariser Vergleiches angenommen habe und so anerkannte, daß es in der Lage sei, zu bezahlen.

Briand besprach dann weiter die deutsche Zahlungsfähigkeit und erklärte, Deutschland befindet sich in der Lage eines Schuldners, der gespielt hat und bezahlen muß, bezahlen muß nicht nur aus seinem Gewinn, sondern aus seinem ganzen Aktivum. Wir haben das Recht, uns an die deutschen Magnaten des Handels, der Industrie und der Finanzen zu wenden und ihnen zu sagen, daß ihr ganzes Aktivum verpfändet ist durch den Vertrag, den sie unterzeichnet haben. Die Deutschen sprachen von Auslandsanleihen, aber sie haben auch andere Mittel, um uns bezahlen zu können: Gruben und Eisenbahnen. Sie sollen diese Zahlungsmittel und sämtliche andere Hilfsquellen mobilisieren. Briand zeigte sich dann auch sehr entrüstet über die Behauptung von Dr. Simons, daß Frankreich im Jahre 1871 nicht habe zahlen müssen, weil es schuld am Kriege trug, sondern weil es besiegt gewesen sei. Ohne Zweifel habe Simons nicht gewagt, noch hinzuzufügen: Wir haben keine Schuld am Kriege. Er fuhr fort: Das große Unglück ist, daß die Niederlage psychologisch für das deutsche Volk nicht genügend war. Die Anwesenheit unserer Soldaten in Düsseldorf und Ruhrort erinnern Deutschland daran, daß seit 1871 etwas passiert ist. Auch wenn die Anwesenheit unserer Truppen keinen anderen Nutzen hätte, würde das bereits genügen.

Die Sanktionen können nur unter drei Bedingungen geändert werden.

1. **Endgültige Verantwortlichkeit,**
2. **Durchführung der Entwaffnung,**
3. **Erledigung der Frage der Kriegsverbrecher.**

Briand sprach dann weiter seine Freude über das Zustandekommen des Vergleichs mit den türkischen Nationalisten aus und forderte das Vertrauen der Kammer ohne Rücksicht auf die Fragen der inneren Politik, bis die größeren Auslandsfragen geregelt sein würden. Die Minister und sehr viele Abgeordnete beglückwünschten ihn zu seinen Darlegungen.

Nach einer kurzen Unterredung bestieg der Abg. Mandel, der ehemalige Kabinettschef vor Clemenceau, die Tribüne und erklärte, weshalb er sich nicht unter der großen Mehrheit der Kammer befinde, die ihr Vertrauen der Regierung aussprechen werde. Er bedauere, daß man Deutschland nicht die vollständige Ausführung des Versailler Vertrages auferlegt habe. Deutschland müsse die zerstörten Gebiete wiederaufbauen und die Kosten dafür seien, wenn nötig, durch Kriegskontributionen einzutreiben. Die Rede Mandels wurde verschiedentlich unterbrochen. Nach der Beendigung der Rede wurde die Sitzung vertagt.

Zum 18. März

Von Ludwig Pfau

Zum Jahrestag der blutigen ruhmreichen Berliner Märzkämpfe von 1848 veröffentlichen wir das Gedicht eines revolutionären Zeitgenossen. Der Verfasser Ludwig Pfau gab eine politisch-satirische Wochenschrift heraus und mußte nach dem Zusammenbruch flüchten. Einige seiner Gedichte sind der Arbeiterschaft bekannt. Das folgende ist trotz seines Wertes weniger verbreitet.

Vor dem Berliner Schlosse
ertönt ein Trauerlied:
da liegen viel hundert Tote,
sie liegen in Reih und Glied.
Und Leich um Leiche tragen
die Bürger stumm heran,
als wollten sie sagen: König!
Da sieh, was Du getan!

Da liegen sie, Mann und Knabe,
starr mit zerfetztem Leib;
da kommen sie weinend und klagend,
Braut, Schwester, Bruder, Weib.
Da schauen Väter und Mütter
die toten Söhne an —:
Herrgott! und das hat ein König,
ein deutscher König getan!

Viel tausend Stimmen drohen:
Der König muß herab;
er salutiert die Toten
und nimmt die Mütze ab.
Da bluten alle aufs neue
bei ihres Mörders Nahn,
als sprächen sie: Das hat ein Kön...,
ein deutscher König getan!

Und viele werdens sprechen,
viel tausend nah und fern;
die Völker werden rächen
den Frevel, der geschah.
Auf Sturmesflügeln bricht sich
durch Land und Länder Bahn
der Zornesschrei: Das hat ein König,
ein deutscher König getan!

Weh! Volk, vom eignen Blute
sind deine Hände rot;
der Bruder schlug den Bruder,
weil es ein Fürst gebot.
Ein großes Grab soll alle
in seinen Schoß empfahn,
drauf schreibet: Das hat ein König,
ein deutscher König getan!

Dies Grab, es wird zum Grabe
der königlichen Macht;
die Blut gesäet haben,
die ernten eine Schlacht.
Im Blute wir ersticken
der alten Treue Wahn:
Gottlob! und das hat ein König,
ein deutscher König getan!

Der Ursprung der Ehe

Von Paul Krische

Für alle Fragen nach dem Ursprunge der Kultur bilden die sogenannten „Unsteten", die auf dem niedrigsten beobachteten Kulturzustande stehenden niederen Jäger, wertvolle Unterlagen. Als erster Fachmann in der Erforschung der Kultur dieser Primitiven gilt allgemein der Berliner Professor Alfred Vierkandt. Er hat jüngst das große Werk des kürzlich verstorbenen Leipziger Gelehrten Wilhelm Wundt: „Völkerpsychologie" besprochen und dabei festgestellt, daß die Annahme einer ursprünglichen, regellosen geschlechtlichen Vermischung, (die sogenannte „Promiskuitätstheorie") heute kaum noch von einem Fachmann vertreten würde. Zugleich bedauert er, daß diese veraltete Anschauung immer noch nicht aus der breiteren Literatur verschwunden sei. Das gilt namentlich von der sozialistischen Literatur. Heute wird noch durchweg von den Sozialisten diese erledigte Theorie verfochten und die Ursprünglichkeit der Ehe verneint. Die Promiskuitätstheorie ist vornehmlich ausgebaut worden von dem Amerikaner Lewis Morgan in seinem Werke „Ancient Society" (deutsch: Urgesellschaft), das durch die berühmte Bearbeitung von Friedrich Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" weite Verbreitung in sozialistischen Kreisen bekommen hat. Schon der bekannte Soziologe Müller-Lyer lehnt in manchen Einzelheiten den Standpunkt von Morgan in seinem Werk „Die Familie" ab, und seiner Auffassung, daß in der uns immer noch dunklen Urzeit des Menschen aus anfänglich familienlosen Horden mit beliebiger und zufälliger geschlechtlicher Mischung gegen Ende der Urzeit Ehe und Familie entstanden sei, schließt sich auch Heinrich Cunow in seiner Schrift „Zur Urgeschichte der Ehe und Familie" an. Einen entgegengesetzten Standpunkt nimmt der finnische Gelehrte Westermarck in seinem Werke: „Geschichte der menschlichen Ehe" ein. Er beruft sich dabei vornehmlich auf die den Menschen zunächst stehende Tierart, die Menschenaffen, die nach den allerdings immer noch recht spärlich vorliegenden, zuverlässigen Beobachtungen in Familien leben. Engels und Cunow haben sich sehr kritisch über den wissenschaftlichen Wert der Arbeit Westermarcks geäußert. Volle Anerkennung findet sie aber in englischen Fachkreisen, und auch deutsche hervorragende Forscher wie August Forel in der „sexuellen Frage" bekennen sich zu Westermarcks Standpunkt.

Müller-Lyer fußt hauptsächlich darauf, daß bei dem Verkehr von Männern und Frauen eine Neigung zur Abwechslung (er nennt es Neophilie = Liebe zum Neuen) besteht, die sowohl für den Mann gilt, wenn er gebietet (patriarchalische Zeit), wie dort, wo die Frau in der Gesellschaft tonangebend ist (Mutterrechtszeit). Ferner macht er darauf aufmerksam, daß bei den auf tiefer Entwicklungsstufe stehenden Wilden weder Eifersucht noch Eltern-, namentlich Vatergefühle, zu finden sind. Dafür sprechen allerdings bei oberflächlicher Betrachtung die von ihm hervorgehobenen Frühjahrsfeste der Kaffern, an denen eine allgemeine geschlechtliche Vermischung stattfindet, ferner die Sitte, dem Gastfreund die Frau anzubieten, der Frauentausch von Freunden und ähnliches. Diese Sitten beruhen allerdings auf religiösen Vorstellungen, die gerade bei den Wilden von stärkster Bedeutung für ihr gesellschaftliches Leben, ihre Sitten sind und als solche trotz der Eifersucht und Ehe, im Kampfe mit ihnen bestehen. In der Tat ist nicht einzusehen, da doch bei allen hochentwickelten Tieren die Eifersucht ganz ausgeprägt auftritt, daß der aus den höchstentwickelten Tieren hervorgegangene Mensch die Eifersucht während der 1½ Millionen Jahre seiner urzeitlichen Frühentwicklung verloren und sie erst später wiedererlangt haben sollte. Wenn es weiter auch richtig ist, daß die Menschenaffen ein Seitenzweig sind, der wie der Mensch von gleicher Urform stammt, nicht aber als direkter Vorfahr des Menschen gelten kann und deshalb als Beweis für menschliche Urformen nicht herangezogen werden kann, so bleibt doch auffallend, daß durch die gesamte entwickelte Tierwelt die Eifersucht als einer der auffallendsten Triebe zu beobachten ist und überall die höchstentwickelten Tiergattungen (Vögel, Säugetiere) die Einrichtung

Die Blockbrüder uneins!

Die Verhandlungen des Steuerausschusses

Die Verhandlungen des Steuerausschusses nahmen am Mittwoch einen überraschenden Verlauf. Die bürgerlichen Parteien, die noch am vorhergehenden Tage geglaubt hatten, ihr Werk des Abbaues der Einkommensteuer der Besitzenden schon sicher in der Tasche zu haben, begannen nun doch einzusehen, daß sie sich zu früh gefreut hatten.

Zunächst wandte sich der Finanzminister **Wirt** gegen die Absichten der bürgerlichen Parteien auf weitgehende steuerliche Begünstigung der Abschreibungen. Die dadurch entstehenden Ausfälle für das Reich und die Rückwirkung auf die Länder und Gemeinden sei von unübersehbarer Bedeutung. **Schon jetzt seien 3,2 Milliarden neuer Steuern aufzubringen,** der Betrag werde durch diese Ausfälle noch viel größer. Er stellte ferner fest, daß die Veranlagung der großen Einkommen bei Annahme der bürgerlichen Anträge außerordentlich verzögert werde. Er müsse deshalb sehr starke Bedenken gegen sie geltend machen. **Die Vertreter Preußens und Württembergs** schlossen sich diesen Darlegungen an. Die Herabdrückung des Aufkommens aus der Einkommensteuer würde sehr beträchtlich sein. Reiche man den Besitzenden den kleinen Finger, so würde er von vielen Steuerpflichtigen zu erheblichen Steuerdrückebergereien benutzt werden.

Nach diesen Erklärungen betonte Abg. **Pohlmann** (Dem.): Man müsse die politische Situation berücksichtigen. **Im Plenum könne man die Anträge nicht durchsetzen.** Eine Verständigung mit den Rechtssozialisten sei deshalb geboten. Es müsse versucht werden, zu erreichen, daß die Gründe der Linken gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien nicht „zu durchschlagend" wirken! Auch der Zentrumsredner **ten Hompel** ist mit einem Male geneigt, von der Anwendung der steuerlichen Vergünstigung für die Abschreibung auf die Körperschaften zu verzichten. Auch sonst will er Zugeständnisse machen.

Helfferich und **Dr. Becker** (D. Vp.) aber wenden sich entschieden gegen diese Kompromißabsichten ihrer bisherigen Bundesgenossen. Scheinheilig meint **Helfferich,** es handele sich nicht um dauernden Entzug von Steuern für das Reich, sondern nur um eine „zeitliche Verschiebung"! Auch **Dr. Becker** redet den bisherigen Bundesgenossen gut zu. Kompromisse hätten doch keinen Zweck. Die Meinungsverschiedenheiten mit der Linken könnten ja doch nicht überbrückt werden. Die Körperschaften müßten unter allen Umständen bei der steuerlichen Vergünstigung für die Abfindungen einbezogen bleiben. Abg. **Keil** (S.P.D.) erklärt, die Zugeständnisse in bezug auf die Körperschaften voll zu würdigen. Es blieben aber immerhin noch sehr starke sonstige Bedenken.

Bei der Abstimmung bleiben Deutschnationale und Volksparteiler in der Minderheit. Es werden sodann die weiteren noch ausstehenden Abstimmungen vorgenommen, bei denen **Helfferich sich mit besonderem Nachdruck gegen die Verhängung von Gefängnisstrafen bei Steuerhinterziehungen wandte.** Damit ist auch die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zu Ende.

Zum Schluß wird der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Kohlensteuer beraten und nach kurzer Diskussion mit 14 gegen 13 Stimmen ein Antrag der Rechtssozialisten angenommen, wonach das Gesetz nur auf drei und nicht auf sechs Monate verlängert werden soll.

Ob nicht aber bis zur **Verhandlung im Plenum über das Einkommensteuergesetz der Riß zwischen den streitenden Brüdern verkleistert werden wird,** ist durchaus nicht ausgeschlossen.

*

Der Steuerausschuß des Reichstages genehmigte heute den Gesetzentwurf über die vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer, ebenfalls den Gesetzentwurf über die Zündwarensteuer. Entgegen den Anträgen der sozialistischen Parteien wird dem Gesetzentwurf zugestimmt, der will, daß die Bestimmung über die Einführung eines Zündholzmonopols aufgehoben wird.

Die kommende Getreidebewirtschaftung

Nachdem der Ernährungsminister **Hermes** im Haushaltsausschuß des Reichstages vor einigen Tagen in die Enge getrieben worden ist und zugestehen mußte, daß er die Absicht der Erhöhung der Brotpreise habe, überrascht es nicht, daß er jetzt immer deutlicher für die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide eintritt. In einer von ihm einberufenen Versammlung von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher ergab sich nach einem amtlichen Bericht eine überwiegende Mehrheit für die Ansicht, daß die Einleitung eines Umlageverfahrens der geeignetste Weg zu dem zu erstrebenden Ziele der baldigen völligen Freigabe des Getreides sei. Damit werden alle Redensarten des Ernährungsministers über die notwendige Rücksicht auf die Verbraucher und wie die anderen von ihm dutzendmal hergeleierten Redensarten heißen, hinfällig. Es ergibt sich bereits hieraus, daß sich auch auf dem Gebiet der Brotgetreideversorgung die Ansprüche der Agrarier restlos durchgesetzt haben und daß Hermes, der nie etwas anderes war als ihr williger Handlanger, mit seinen schönen Worten nur den Boden bereitet, auf dem die Agrarier alle Hindernisse zur Annäherung an den Weltmarktpreis zu beseitigen trachten.

Mißhandlung der Assistenten

Aus dem Beamtenausschuß

Die Assistentenfrage stand am Mittwoch zur Beratung. Eine heikle Angelegenheit, bei der die Regierung nicht ableugnen kann, daß den Assistenten bitteres Unrecht bei der Einstufung in die Besoldungsordnung geschehen ist, indem sie Eingangs-, Beförderungs- und Spitzenstellung einer und derselben Gehaltsgruppe erhalten haben, ein Zustand, der nunmehr von fast allen Parteien als unhaltbar bezeichnet wird. Als wir jedoch seinerzeit eine Einstufung der Assistenten in Gruppe 7 forderten, wurde der Antrag abgelehnt und dafür eine der „berühmten" Resolutionen angenommen, die für einen Teil der Beamten eine Hebung in Gruppe 7 verlangten. Die Regierung macht nun große Schwierigkeiten, dieser Resolution Folge zu geben und soweit sie in einer langen Erklärung Zugeständnisse macht, sollen diese an allerlei Vorbedingungen gebunden sein und nur für diejenigen Assistenten gelten, die am 31. März 1920 planmäßig angestellt waren. Vor Eintritt in die Verhandlungen sollte die Vertraulichkeit derselben beschlossen werden. Genossin **Zietz** widersprach dem und wies darauf hin, daß von bürgerlicher Seite die Vertraulichkeit nie gewahrt worden sei, wie jüngst wieder die Erfahrungen im Auswärtigen Ausschuß gelehrt hätten. Frau **Wackwitz** schloß sich diesem Widerstand an, worauf die Bürgerlichen ihren Einspruch zurückzogen. Die Bürgerlichen, die in arger Verlegenheit sind, weil sie den Beamten Versprechungen gemacht haben, die sie nun nicht halten können, redeten der Regierung zu, ihre Vorbehalte aufzugeben, wichen dann aber wieder tapfer zurück, als die Regierung fest blieb und erklärte, andernfalls werde die Neuaufrollung der Besoldungsordnung erfolgen müssen, die doch unter allen Umständen vermieden werden sollte. Genosse **Breunig** wies an der Hand der Darlegungen des Herrn Regierungsrats **Wolff** eine weitere Rückwärtsrevidierung der Regierungsansichten nach. Während gestern noch die geleistete Sekretärarbeit als Bewährungsnachweis galt und ihre Beförderung in Gruppe 7 erfolgen sollte, werde nunmehr von den Assistenten eine besondere Prüfung verlangt. Breunig fragte, was das heiße: „ernsthafte Prüfung"? Sie sei längst absolviert durch ihre Tätigkeit; wir würden uns entschieden gegen diese Forderung wenden.

Die Bürgerlichen fragten die Regierung an, wie man die Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung in Einklang bringen wolle mit der preußischen Besoldungsordnung, die bereits in Kraft getreten, und die eine automatische Aufrückung des dienstältesten Drittels der bisherigen Assistenten in Gruppe 7 vorsieht, worauf Herr Geheimrat **Kühnemann** kaltblütig erwiderte, gegen Preußen werde **das Sperrgesetz angewendet werden,** wie es in Lippe bereits geschehen sei. Auf den Zuruf, was mit Bayern geschehe, blieb die Antwort aus.

Genossin **Zietz** sagte, das Vorgehen der Regierung, die von alten, bewährten Beamten in der Assistentengruppe, die seit Jahren die Arbeit der Sekretäre und Obersekretäre geleistet haben, nunmehr noch eine formelle Prüfung verlange, bevor sie diese Beamten in die ihnen zustehenden Gehaltsgruppen bringe, müsse **tiefe Verbitterung** auslösen. **Wenn die Bürgerlichen nunmehr die Rückwärtsrevidierung der preußischen Besoldungsordnung durch das Sperrgesetz bedauern, so hätten wir das vorher überlegen müssen, als das Sperrgesetz beraten und beschlossen wurde. Damals hätten wir auf alle diese Folgen denen noch weitere für die Beamten der Kommune und der öffentlichen Körperschaften folgen werden, warnend hingewiesen, aber seien leider dabei allein geblieben. Die Schuld für die Verschlechterung der Lage der Beamten treffe die Bürgerlichen und die Rechtssozialisten,** die dem Sperrgesetz zugestimmt haben. Es sei auch eingetroffen, was wir von Bayern vorausgesagt haben, das sich um diese Bestimmung nicht kümmere, nicht aus Liebe zu den Beamten, sondern aus **Partikularismus und reaktionärer Gesinnung.**

In der Frage des Prozentsatzes der zu befördernden Assistenten und in der Frage der Ablegung einer Prüfung stehen sich Ausschuß und Regierung schroff gegenüber. Die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses redeten große Töne, daß sie ihren Standpunkt nicht preisgeben, aber der Finanzminister nehme ihre Reden nicht tragisch. Er meinte, beim Nachtragsetat könne man im einzelnen zu den strittigen Punkten Stellung nehmen. Es seien Richtlinien für die Durchführung aufgestellt, die von den Regierungsparteien bereits beschlossen seien.

Er enthüllte damit, daß die anscheinend energischen Reden der bürgerlichen Herren nichts weiter sind als Theaterdonner.

Die weitere Verhandlung findet nach den Osterferien statt.

Groß-Berlin

Sie wollen uns tot reden

Die S.P.D. verbreitet ein Flugblatt, in dem sie eine Rechnung über den Wahlausfall am 20. Februar aufmacht und zahlenmäßig den Aufstieg der S.P.D. und den „Zusammenbruch" der U.S.P.D. darzutun versucht. Wenn Stimmenziffern allein maßgebend wären, hätte die S.P.D. am 20. Juni 1920 Flugblätter mit Trauerrand herausgeben müssen, weil gerade sie — verglichen mit dem Wahlergebnis von Anfang 1919 — schlecht abgeschnitten hatte.

Das ganze Flugblatt ist ein Roßtäuscherkunststückchen. Es wird nach keiner Richtung hin den Tatsachen gerecht und verschweigt ganz offensichtlich, daß dies Stimmenergebnis nur vom Gesichtspunkte der Spaltung gewertet werden kann. Wir waren uns längst vor der Wahl im klaren, daß in den Gegenden, in denen die K.P.D.-Leute unsere Organisation zertrümmert und die Presse sich dienstbar gemacht hatten, auf eine nennenswerte Stimmabgabe für unsere Partei nicht zu rechnen war. Das beweist aber doch nichts für einen „Zusammenbruch" unserer Partei, wie die S.P.D. großsprecherisch verkündet. Im übrigen ist in dem Flugblatt vergessen, festzustellen, daß im preußischen Landtage die S.P.D. mit 30 Mandaten weniger vertreten ist als in der preußischen Landesversammlung. Das ist der „Aufstieg" der S.P.D.

Bei unserem „Zusammenbruch" ist uns sehr wohl; wir sind von putschistischen Elementen befreit und gehen fest und entschlossen den Weg, den wir im Interesse der Arbeiterklasse für den allein richtigen halten.

Das Flugblatt der S.P.D. erinnert uns an die Gepflogenheiten der Gegner der Arbeiterklasse. Wenn früher die sozialdemokratische Partei einen ungünstigen Wahlausfall zu verzeichnen hatte gegen die vorhergegangene Wahl, dann stellten die bürgerlichen Gegner Betrachtungen an über den „Rückgang der roten Flut" und sie knüpften an eine solche Erscheinung alle möglichen Kombinationen. Glück hatten sie allerdings mit ihren Prophezeiungen nicht, denn die sozialistische Bewegung ging trotzdem vorwärts.

Als das Sozialistengesetz kam, erlitt die Partei bei den Wahlen 1881 einen Rückschlag. Dann ging es wieder aufwärts, bis 1887, wo die Partei wiederum „geschlagen" wurde. Die Wahlen 1890 ergaben ein riesenhaftes Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerstimmen, aber 1907 gab es wiederum einen starken Rückschlag. Die Wahl 1907 rief sogar eine starke Resignation in der Partei hervor, weil damals die ganze Taktik auf die Wahlen eingestellt war. Wir erinnern uns noch heute einer Zusammenkunft von älteren erfahrenen Genossen, zu der am Wahltage 1907 August Bebel kam. Und als er sah, daß viele Genossen die Köpfe hängen ließen, ahnte er sofort die Niederlage. Ohne im geringsten entmutigt zu sein, erklärte er: Solche Situationen haben wir öfter durchgemacht; ich sage Euch: das Proletariat, das keine Niederlage vertragen kann, ist gar nicht wert, zu siegen! Und aufgerichtet, den Blick vorwärts, ging es an die neue Arbeit.

Die U.S.P.D. ist im Gegensatz zur S.P.D. keine nur parlamentarische Partei, sie kämpft auf allen Gebieten und betrachtet den Parlamentarismus nur als Mittel zum Zweck. Deshalb alterieren uns die Stimmenziffern nicht allzusehr. Wir wissen, daß unsere Partei gesund ist und darauf vertrauen wir und die Arbeiterklasse.

Wir sind nicht tot zu reden. Wir leben und werden unseren Gegnern noch sehr zu schaffen machen.

Der Jurist in den Bezirksämtern

Der Grund, warum die Bestätigung verschiedener Bezirksämter nicht erfolgen soll, soll der sein, daß kein Jurist unter den Gewählten sich befände. Deshalb sollen die Wahlen verschiedener Aemter zurückgeschoben werden, um zu einer Neuwahl zu kommen und einen Juristen mitzuwählen.

Eine gesetzliche Handhabe für eine solche Maßnahme hat der Oberpräsident nicht. Warum also die Beanstandung? Ob nun ein Jurist Mitglied des Bezirksamtes ist oder, was sich ohnehin als notwendig erweist, ob der Jurist im Bezirksamt als Nichtmitglied Mitarbeiter ist, läuft doch im Grunde auf dasselbe hinaus. Schließlich wird selbst ein juristischer Stadtrat nicht alle Gebiete beherrschen können und es müssen juristische Hilfskräfte doch noch herangezogen werden.

Hieraus ergibt sich ganz klar, daß die Forderung des Oberpräsidenten nach einem Juristen im Bezirksamt jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Sie ist nur geeignet, die Bildung der Bezirksämter hinauszuschieben.

Erweiterung des Friedrichsfelder Friedhofes

Der 1888 eröffnete, etwa 100 Morgen große Friedrichsfelder Zentralfriedhof ist seit 1914 voll belegt. Der jeweilige Ablauf der zwanzigjährigen Belegungsfrist deckt den Raumbedarf bei weitem nicht. Die Feststellungen haben ergeben, daß bei der augenblicklichen Sterbeziffer von jährlich etwa 40 000 Fällen selbst bei Belegung der freien Begräbnisflächen, der Friedhof in einem Jahr voll belegt sein wird. Demgemäß muß schon für den Fall von Epidemien weiteres Friedhofsgelände beschafft werden. Die Bildung der Einheitsgemeinde erfordert die Anlegung von mindestens vier großen Zentralfriedhöfen im Osten, Süden, Westen und Norden, und zwar durch die Erweiterung des Friedrichsfelder Friedhofs, die Beendigung der Neuköllner Friedhofsanlagen in Rudow, der Wilmersdorfer Friedhofsanlagen in Stahnsdorf und die entstehenden Neuanlagen in Berlin-Buch-Karow. Die Anlage großer Zentralfriedhöfe ist wegen der stärkeren Ausnutzung der Baulichkeiten und der Arbeitskräfte wirtschaftlicher und billiger als die Anlage vieler kleiner Bestattungsfelder. Der Friedrichsfelder Friedhof besonders ist günstig gelegen und durch Verkehrsmittel von überall her schnell zu erreichen, ist auch wegen seiner parkähnlichen Gestaltung äußerst stark beansprucht. Das Vorhandensein aller notwendigen Betriebsbauten erspart die Anlage neuer Summen, abgesehen vom Kaufgelde. Der Boden ist für Erdbestattungen besonders geeignet. Das Gelände liegt zwischen der Wriezener Bahnstrecke, der Industriebahnstrecke, der Chaussee Weißensee—Marzahn, der Irrenanstalt Herzberge und dem alten Friedhof Friedrichsfelde. Der Besitzer des zu erwerbenden Geländes, Rittergutsbesitzer von Treskow in Friedrichsfelde, will es für 3 800 000 Mark hergeben. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, das Gelände für 3 800 000 Mark zu erwerben, wovon 2½ Millionen hypothekarisch eingetragen und der Rest bar bezahlt werden soll.

Die Preise für Magistratsspeck. Der Magistrat hat den Preis für den in den Städtischen Verkaufsstellen in dieser Woche zur Ausgabe kommenden Speck auf 11.60 M. herabgesetzt.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und vielfach heiter, am Tage ziemlich warm, bei ziemlich schwachen südöstlichen Winden.

Ehe zeigen. Besonders ist zu beachten, daß der außerordentlich starke Muttertrieb wie der gleichfalls bei vielen hochentwickelten Tieren festzustellende Vatertrieb für die Ursprünglichkeit der menschlichen Ehe spricht.

Unter den Sozialisten machen sich auf diesem Gebiet immer noch Anschauungen geltend, die eine Unkenntnis in der Naturwissenschaft, Völkerkunde und Psychologie (Seelenkunde) verraten. Es ist der Standpunkt Rousseaus, der vom sagenhaften Paradieszeitalter des einfachen Naturmenschen schwärmte, während wir heute wissen, daß das Leben des Wilden, des Jägers wie des niederen Ackerbauers und Hirten ein wahrhaftes Höllendasein ist. Ständig von Furcht und Grauen vor feindlichen Dämonen gejagt, in dauerndem Alarm gegen Feinde ringsum, wilde und und giftige Tiere, feindliche Stämme, ohnmächtig Seuchen, Krankheiten ausgeliefert, führt er nicht das Leben kommunistischer Vollkommenheit, sondern ein bejammernswertes, denkbar trauriges Elendsdasein. Dieser Mensch ist nicht der Mensch Rousseaus oder Fouriers, der ursprünglich in der goldenen Freiheit ungebundener Triebe Ehe und Familie nicht kennt. Zweifellos hat der Urmensch gesellig in Horden gelebt, ebenso zweifellos ist, daß in diesen Horden sich einzelne Ehe- und Familiengruppen bildeten, ähnlich, wie nach neuester Mitteilung von Reichenow (Naturwissenschaften 1921, Heft 5) die Gorillas in Herden von 3 bis 4 Familiengruppen leben.

Friedrich Erhard ist ein wunderbarer Sagenerzähler, einer der übermenschliche und darum erst recht menschliche Gestalten vor unserem inneren Auge entstehen läßt. So hat er uns an seinem vorletzten Vortragsabend Gilgamesch den assyrisch-babylonischen Zweidrittelgott heraufbeschworen, ihn lieben, kämpfen und weinen lassen, — welch ein Weinen! Und am letzten Sonnabend hat er von Tristan und Isolde gesungen. Man vergaß den Sprecher, man hörte nur seinen elegischen tiefen Bariton, man gewahrte mitten im verdunkelten Raume die ewigen Menschen. — Tristan, der sich totkrank an den Strand tragen läßt, um die weiße Fahne, das Zeichen der Ankunft Isoldens, seiner einzigen Heilung, mit verzehrenden Augen wahrzunehmen. Aber schon vorher wirft der Erzähler sein Haupt auf die Stuhllehne und redet und lechzt als ein von wunder Liebe Siecher nach der fernen Geliebten. Man schaute die Gestalten wie in einem Wahrtraum, — wann werden solche echten volkstümlichen großen Künstler zur Arbeiterschaft, zum wirklichen Volke reden?

Arno Nadel

Nationale Studentensorgen. Ein Arzt bekam, wie wir in der Zeitschrift „Junge Menschen" lesen, eine Postkarte mit Rückantwort, auf der folgendes zu lesen stand: „Geehrter Herr Doktor! Bevor ich Sie mit dem Zwecke meiner Zeilen bekannt mache, ersuche ich Sie höflichst um strengste Diskretion. Ich bin Student und halte mich hier einige Tage auf; ich bin das Opfer einer großen Eitelkeit. Trotz mehrfacher Mensuren habe ich außer Kopf- und Stirnhieben nie einen Renommierschmiß bekommen. Ich will gern alles dafür aufwenden, es ist mir nichts zu viel, wenn Sie mir in Narkose einen solchen Renommierer, wie gesagt streng diskret, beibringen würden. Falls Sie darauf eingehen, bitte ich um gefl. umgehende Antwort, wie viel Sie für Ihre Mühe liquidieren würden. Ich würde sofort hinkommen . . . ." Leider hatte der Arzt für die Leiden eines solchen Kranken kein Verständnis. Bruder Studio mußte von ihm folgende Antwort einstecken: „Zittau usw. Sie müssen doch ein ganz windiger, müßiger und hohler Patron sein! Kommen Sie umgehend zu mir, und ich will gern den Dienstmann bezahlen, der Ihnen genügende Renommierschmisse beibringen soll."

Druckfehlerberichtigung. In unserer Kritik des Kaufmanns von Venedig sollte es nicht heißen, daß der Jude seit zwei Jahrzehnten, sondern seit zwei Jahrtausenden der einzige nichtmordende Mensch Europas ist. Auch war von Frau Straub nicht gesagt, daß sie für alle Poesie, sondern nur für ihre Rolle im Kaufmann von Venedig für die Porzia zu schwer ist.

Tages-Notizen

Veranstaltungen von Neukölln (Jugendamt). Die 1. Vorstellung von Mozarts „Zauberflöte" ist ausverkauft. Montag, 21. März, nachm. 3 Uhr, im Theater am [illegible] findet eine Wiederholung statt. Karten, 2.50 M. einschl. Garderobe und Einführungsvortrag, im Rathaus, Zimmer 226, zu haben. Schulentlassene können an der Vorstellung teilnehmen. Einführungsvortrag mit Erläuterungen am Klavier Freitag, nachm. 5½ Uhr, in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße.

Veranstaltungen der U.S.P.D. Sechzehnter Distrikt. Sonnabend, 7 Uhr, Aula des [illegible], [illegible] Kunstabend mit gutem Programm. Karten, 2,50 M., bei den Funktionären und an der Abendkasse. — Sonntag, nachm. 5 Uhr, Schulaula Müller-, Ecke Triftstraße, ein Wilhelm-Busch-Abend mit Lichtbildern. Vortrag vom Genossen Dr. Löwenberg. Kinderkarten 75 Pfg., für Erwachsene 90 Pfg. Um den Kindern Geschmack an anderem als dem Kino beizubringen, empfehlen wir den Besuch sehr.

Theater. Eugen Klöpfer spielt Sonnabend im Großen Schauspielhause den Shylock im „Kaufmann von Venedig".

Großes Schauspielhaus. Die Abonnenten der diesjährigen Spielzeit können ihre bisherigen Abonnements für die kommende Spielzeit bis einschl. 24. März erneuern. Am 25. März beginnt die Ausgabe der erneuerten und der vorbestellten Abonnements und der freihändige Verkauf an neue Abonnenten.

Stimmen der Völker. Im Staatlichen Schauspielhause findet Sonntag, 11 Uhr, die 7. Mittagsveranstaltung „Der Balkan" statt. Preise 2 und 3 M. Den Vortrag hält Hermann Kienzl.

Vorträge. Ueber Handlinienbeutung spricht Dr. Max [illegible] Donnerstag, 7½ Uhr, Aula [illegible]str. 10. — Dr. Bruno Wille spricht in der Stadthalle, Klosterstraße, Sonntag, 7½ Uhr, über Weltreligion.

Gedenkfeier für Dr. Franz Diederich. Sonnabend, 7½ Uhr, Blüthnersaal. Gedenkrede von Dr. Kurt Singer. Vortrag von Werken von Brahms, Beethoven, [illegible]. Karten bei Bote und Bock, Wertheim, Abendkasse.

Gewerkschaftliches

Beamtenschaft und Wirtschaftspolitik

Der Deutsche Beamtenbund hielt am 7. und 8. März in Berlin seine Bundesausschußsitzung ab, die zunächst die bisherige Stellung zur Besoldungsfrage in folgender Entschließung erneut bekräftigt hat:

1. Der Deutsche Beamtenbund lehnt nach wie vor jede Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen ab.
2. Er fordert eine Regelung, die auch dem geringst besoldeten Beamten einen ausreichenden Lebensunterhalt sicherstellt.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, bereits für das Jahr 1921 eine Gestaltung des Teuerungszuschlages anzustreben, die den Grundsätzen zu 1. und 2. Rechnung trägt.

In einer weiteren nicht besonders glücklich formulierten Entschließung wird das Berufsbeamtentum verteidigt und an die Ortskartelle der neuerdings besetzten Städte, sowie für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens wurde eine Sympathiekundgebung beschlossen.

Von besonderem Interesse für die übrige Arbeiterschaft war ein Vortrag Dr. Völters über „Beamtentum und Wirtschaft", der in folgenden Leitsätzen seinen Niederschlag fand.

„Die Beamtenwirtschaft ist ein Teil der Volkswirtschaft. Zielklare Beamtengewerkschaftspolitik bedingt daher auch die Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik.

Richtunggebend für die Stellungnahme der Beamtengewerkschaften zur Wirtschaftspolitik ist die Lage der Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher.

Der Deutsche Beamtenbund vertritt daher den Standpunkt, daß der Beamte als berufsmäßiger Diener der Gesamtheit in der Wirtschaftspolitik stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzustellen hat.

Entsprechend diesen Grundsätzen wird der Deutsche Beamtenbund gemäß seiner parteipolitisch neutralen Organisationsgrundlage unabhängig von allen parteipolitischen Gesichtspunkten zu den für die Beamten wesentlichen Wirtschaftsfragen Stellung nehmen."

Diese Stellungnahme ist in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Einmal wird entgegen der bisherigen Haltung anerkannt, daß der Beamtenbund zu den allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik in Zukunft Stellung nehmen will, und zum zweiten wird betont, daß seine Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik vom Standpunkt der Arbeitnehmer und der Konsumenten ausgehen muß.

Wenn der Beamtenbund nun auch endlich den weiteren Schritt tun und sich angesichts der bestehenden drei Richtungen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu einer derselben bekennen will, so könnte die erwähnte Entschließung zur Wirtschaftspolitik einen wirklichen Fortschritt der gewerkschaftlichen Beamtenbewegung bedeuten. Die christlichen Beamtenverbände haben sich unter Führung des Zentrumsabgeordneten Dr. Höfle schon seit geraumer Zeit vom Beamtenbund losgelöst und ein enges Bündnis mit den christlichen Gewerkschaften hergestellt, die liberalen Beamtenverbände sind seit kurzer Zeit mit den Hirsch-Dunckerschen liiert. Nur der Beamtenbund selbst glaubte bisher immer noch gegenüber allen Gewerkschaftsrichtungen neutral sein zu müssen. Hier gibt es aber nur eine Entscheidung: Entweder die Beamtenbewegung wird freigewerkschaftlich sein oder sie wird nicht sein.

Der Reichstarif in der Holzindustrie

Wie uns der Deutsche Holzarbeiter-Verband mitteilt, schweben über den Abschluß eines Reichstarifs für die Holzindustrie seit Anfang Januar d. J. zwischen dem Holzarbeiter-Verband und dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe Verhandlungen, die bisher jedoch zu keinem Ergebnis geführt haben. Bereits im Sommer 1919 war nach langen Verhandlungen zwischen den genannten Organisationen ein Reichstarif für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen worden, jedoch hat die Generalversammlung des Schutzverbandes diesem Vertrag die Zustimmung verweigert. Innerhalb des Arbeitgeber-Schutzverbandes kam es wegen dieses Abschlusses zu heftigen Auseinandersetzungen, die dazu führten, daß im Frühjahr v. J. in Erfurt von einer bestimmten Gruppe ein Bündnis gegen die vom Arbeitgeber-Schutzverband getriebene Vertragspolitik geschlossen wurde. Diesem sogenannten „Erfurter Kartell" traten die Berliner Verbände der Holzindustrie nicht bei, sie spielen aber unter Führung des Obermeisters Paeth eine selbständige Rolle. Nach Gründung des „Erfurter Kartells" verbanden sich die diesem angeschlossenen Organisationen mit dem Schutzverband und den Berliner Verbänden. Dieses Kartell nennt sich „Reichsberufsfachgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe". Die erste Tat dieser Organisation war die Kündigung aller in diesem Frühjahr ablaufenden Verträge. An deren Stelle sollte ein Reichsmanteltarif treten, zu welchem sie einem Entwurf vorlegten, der für die Arbeiter unannehmbar ist.

Bei den Verhandlungen, die am 10. Januar begannen, verursachte es zunächst einige Mühe, den Unternehmern klar zu machen, daß nicht nur ihr Entwurf, sondern auch der von den Arbeitern vorgelegte als Grundlage genommen werden müsse. Die Unternehmer erkannten wohl, daß sie mit den geplanten Verschlechterungen des seitherigen Vertrages nicht durchdringen, aber sie verschleppten die Verhandlungen und schützten Mangel an ausreichenden Vollmachten vor, der sie hindere, feste Vereinbarungen zu treffen. Es zeigte sich, daß im Arbeitgeberlager verschiedene Strömungen miteinander ringen. So mußten schließlich die Verhandlungen in Stuttgart am 2. März ergebnislos abgebrochen werden.

Die am 15. Februar ablaufenden Verträge sind inzwischen zunächst bis zum 1. März, dann bis zum 1. April verlängert worden. Beim Abbruch der Verhandlungen in Stuttgart wurde eine weitere Vertragsverlängerung nicht vereinbart. Das besagt, daß alle Verträge in der Deutschen Holzindustrie mit dem 1. April ablaufen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat am 12. März in einer Städtekonferenz, die in Berlin tagte, zu der Lage Stellung genommen. An ihr nahmen die Vertreter von etwa 150 Vertragsorten teil. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme einer Resolution, in der die Städtekonferenz das Verhalten des Vorstandes und der Verhandlungskommission billigt. Die Notwendigkeit eines einheitlichen Vertragsrechts im deutschen Holzgewerbe wird anerkannt, die bestehenden Bezirksverträge können zu einem Reichsvertrag zusammengelegt werden. Die reichszentrale Lohnregelung wird jedoch für die zweckmäßigste erklärt. In der Resolution wird dann entschieden die Absicht der Unternehmer zurückgewiesen, die bestehenden Vertragsverhältnisse zu verschlechtern. Im Gegenteil wird gefordert, daß entsprechend dem von der Verhandlungskommission eingereichten Vertragsentwurf notwendige Verbesserungen eingeführt werden. Die deutschen Holzarbeiter werden aufgefordert sich bereitzuhalten, um erforderlichenfalls den Kampf aufzunehmen; dem Vorstand sowie der Verhandlungskommission werden Vollmacht erteilt, alle Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um die aufgestellten Vertragsforderungen durchzusetzen.

Die in der Reichsberufsfachgruppe vereinigten Arbeitgeberverbände haben für die erste Aprilwoche ihre Generalversammlungen einberufen, die in ihren Entschließungen frei sind. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist bereit, einen Reichstarif auf breitester Grundlage abzuschließen, aber fest entschlossen, jeden Versuch, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, entschieden zurückzuweisen. Die Unternehmer haben es in der Hand, ob sie Krieg oder Frieden im deutschen Holzgewerbe haben wollen.

Zum Streik der Sargarbeiter

Die Arbeiter der Sargfabrikation befinden sich seit zirka drei Wochen im Streik. Den Arbeitgebern sind rechtzeitig die Forderungen der Arbeiterschaft unterbreitet worden. Die Arbeitgeber hatten er rundweg abgelehnt, zu verhandeln. 50 Prozent der Fabrikanten haben die Forderungen der Arbeitnehmer als berechtigt anerkannt und bewilligt. In einer Sitzung, welche auf Wunsch der Arbeitgeber stattfand, wurde betr. Regelung der Akkordarbeit und Regelung der Entlöhnung für Hilfsarbeiter auf der Basis des am 7. Februar 1921 gefällten Schiedsspruchs verhandelt. Erwähnenswert ist, daß der Betriebsinhaber, Herr Ernst Rosinski, in der betreffenden Verhandlung erwähnte, daß der Schiedsspruch nicht so verstanden werden kann, daß 12½ Prozent auf die bestehenden Löhne zu zahlen wären. Die Frage wurde von uns dahin beantwortet, daß wir uns lediglich an den Schiedsspruch vom 7. Februar 1921 halten, und deshalb die Befürchtung des Herrn Rosinski nicht zutrifft. Die Parteien verpflichteten sich dahingehend, daß sie noch einmal unter sich getrennt verhandeln wollten, um in einer späteren Sitzung die Angelegenheit definitiv zu erledigen.

Nach dem Schiedsspruch vom 7. Februar 1921 würden folgende Löhne zu zahlen sein: Für Facharbeiter über 22 Jahre 6,75 M., für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 5,75 M., für Hilfsarbeiter von 20—22 Jahren 5,45 M., für Hilfsarbeiter von 18—20 Jahren 5,20 M., für Hilfsarbeiter von 16—18 Jahren 4,85 M., wobei zu berücksichtigen ist, daß der Mindestlohn um 10 Prozent niedriger angesetzt ist.

In den nunmehr erneut stattgefundenen Verhandlungen zogen die Arbeitgeber wider alles Erwarten ihre bis dato gemachten Zugeständnisse zurück, so daß für die Arbeiterschaft der Sargfabrikation nur noch der Kampf übrig bleibt.

Besonderen Widerstand leisten folgende Firmen: Prehn, Alte Jakobstr. 80; Conrad, Neue Königstr. 38; Grieneisen, Schöneberg, Belziger Str. 56; Klee, Stralauer Allee 22; Koch, Reichenberger Str. 155; Lüdemit, Zionskirchstr. 22; Körn, Libauer Str. 4; Robert, Kurfürstenstr. 37; Ernst Rosinski, Lichtenberg, Prinz-Albert-Str. 13; Fleich: Margaretenstr. 5; Jung, Naunynstr. 5; Dedring, Gneisenaustraße 110; Reinh. Petold, Johannisstr. 14/15; Skobel, Palisadenstraße 77. Da die Arbeit in der Sargfabrikation eine äußerst schwere, körperlich sehr anstrengende ist, ist die Arbeiterschaft der Meinung, daß sie für berechtigte Forderungen kämpft, und ersucht deshalb die Gesamtarbeiterschaft um Unterstützung und Solidarität in dieser Angelegenheit.

Die Transporteure, welche von den bewilligten Firmen Särge abtransportieren, haben einen Ausweis der Streikleitung.

Klavierindustrie und Schlichtungsausschuß

Seit Mitte Februar kämpfen die Klavierarbeiter zäh um eine Lohnerhöhung. Statt dessen wird ihnen von den Arbeitnehmern der Abzug einer seit Dezember laufend gezahlten 10-prozentigen Wirtschaftsbeihilfe zugemutet. — Mehrmaliges Verhandeln brachte die Parteien keinen Schritt näher. Eine Sonderkammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin sollte nun Recht schaffen. Mit welchem Erfolg, mögen die Klavierarbeiter aus folgendem Schiedsspruch ersehen, der gefällt wurde, als die versuchte Verständigung ohne Erfolg blieb: „Den Parteien wird aufgegeben, spätestens binnen 3 Wochen in Verhandlungen einzutreten zwecks Abschluß eines neuen Tarifabkommens. Für die Zwischenzeit, d. h. vom 18. 2. 1921 bis zum Abschluß eines neuen Tarifes, sind 5 Prozent auf die Löhne und Akkordsätze des Tarifabkommens vom 8. 5. 20 zu zahlen. Weitere Anträge des Beschwerdeführers sind abgelehnt".

Durch diesen Entscheid werden den Klavierarbeitern die 11 Prozent damalige Lohnaufbesserung aus Billigkeitsgründen zugestanden, d. h. ohne Juristendeutsch, es ist recht und billig, den Arbeitern in Zeiten höchster Not einen Abzug von 5 Prozent zuzumuten!

Unerwähnt darf nicht bleiben, welche eigenartige Verhandlungspraxis der Herr Unparteiische sich zu eigen machte. Nachdem die beiden Parteien abgetreten waren, und der Schlichtungsausschuß längere Zeit beraten hatte, erschien der Vorsitzende, winkte die Klavierfabrikanten in ein leeres Sitzungszimmer, um dort mit ihnen allein zu verhandeln. Nach den eigenen Ausführungen des Unparteiischen sind dort von den Unternehmern 5 Prozent zugestanden worden, und dieses Ergebnis wurde dann als Schiedsspruch verkündet. In der Mitgliederversammlung, am Donnerstag Nachmittag 5 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 13, werden die Musikinstrumentenarbeiter über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches Beschluß fassen. Kollegen, sorgt dafür, daß der letzte Mann mit zur Entscheidung herangezogen wird. Vollzähliges Erscheinen ist auch aus dem Grunde dringend notwendig, weil diese Versammlung nochmals über die künftige Zusammensetzung der Branchenkommission zu befinden hat.

Jämmerlich!

Der „Vorwärts" kommt unter dieser Spitzmarke nochmals auf die Hottentottenwahlen zur Neuwahl der Ortsverwaltung in Magdeburg zurück und „kann leider nicht feststellen", ob dieser Ausdruck von uns oder von Magdeburg stammt, erklärt aber, daß diese berechtigt waren. Wir wollen dem neugierigen „Vorwärts" nur mitteilen, daß wir auch den Ausdruck u. a. zitiert haben und stellen nun fest, daß der ganz unglaubliche Wahlvorgang in Magdeburg vom „Vorwärts" als berechtigt anerkannt wird. Angesichts der tatsächlichen Vorgänge gratulieren wir zu dem Eingeständnis, solche Methoden als berechtigt anzuerkennen. Das genügt uns und insbesondere unseren Magdeburger Genossen.

Einen Reichsjugendtag veranstaltet der Zentralverband der Angestellten für seine Jugend am Ostersonnabend in Eisenach. Die Bewegung der kaufmännischen Jugend, die bis vor einigen Jahren noch in den Anfängen steckte, ist so angewachsen, daß aus 60 Orten Delegierte zusammentreten werden. Es sollen in Eisenach wirtschaftliche Fragen, sowie die Bildungsarbeit für die kaufmännische Angestelltenjugend besprochen werden. Besonders wird die Stellung der Lehrlinge in unserem Wirtschaftsleben erörtert werden. Es ist zu hoffen, daß die Eisenacher Tagung den weiteren Aufstieg der freien Jugendbewegung in der Angestelltenschaft beschleunigen und den Weg zur wirtschaftlichen Befreiung der Jugendlichen ebnen wird.

Aus den Organisationen

Donnerstag, 17. März

17. Distrikt. Abends 7 Uhr Generalversammlung, Pharussäle, Müllerstraße.

Freitag, 18. März

18. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung mit Bildungskommission bei Kampfhof, Zionskirchplatz 5. Die „Kämpferin" ist abzuholen.

16. und 17. Distrikt. Abends 6½ Uhr Sitzung der Zeitungskommission in der Expedition, Gartenstraße.

Reinickendorf-Ost. Abends 7 Uhr kommen die Genossen in der Aula der 3. Schule, Pankower Allee, zu einer Feier des 50jährigen Gedenktages der Pariser Kommune zusammen. Vortrag. Männerchor. Rezitation. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt Pflicht.

Bernau. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Mobisch, Kaiserstraße. Vortrag des Gen. Werner, Berlin. Pflicht aller Genossen ist es, zu erscheinen.

Vereinskalender

Donnerstag, 17. März

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Holzgewerbe. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40-41. — Metallindustrie. Abends 7 Uhr Fachgruppenversammlung. Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10.

Freitag, 18. März

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes. Abends 7½ Uhr im „Mag und Moritz-Saal", Kommandantenstr. 58-59, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Nabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Gertraudtenstr. 10-21 Gegr. 1893.

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen. Gute Verpflegung ¤ Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 ¤ Norden 3215

Seifenhändler!
Wiederverkäufer! Straßenhändler!
Kernseife, Toilettenseife usw.
nur Qualitätsware
kaufen Sie vorteilhaft zu billigsten Tagespreisen
Lothringer Str. 38, Seifen Engros
Sonntag von 8—12 geöffnet

Oster-Geschenke
Gute Bücher
mit gediegenem Inhalt, in vornehmer Ausstattung
sind die besten Geschenke
Reiche Auswahl bietet die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Der Mieterschutz
Preis 4 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung / Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / Mit Nachtrag:
Die Aenderungen des Mieterschutzes
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8—9.

Garderoben
für Herren und Damen wie Anzüge, Cutaways, Kostüme, Mäntel usw. auf
Teilzahlung
Grebler, Weinbergsweg 4

Kleine Anzeigen
Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Preissturz in Gardinen! Das Spezialhaus Hertzig und Weinlagen, Germaniastraße 1, nur zwei Treppen, (Ecke Weinmeisterstraße) hat sich zwecks Reklame entschlossen, zum Osterfest einen Posten erstklassiger Ware zum Verkauf zu stellen, die im Preise bis zur Hälfte herabgesetzt ist. Nur vorübergehend bieten wir an: Künstlergardinen, dreiteilig, erstklassig verarbeitet, Fenster 85, 145, 185 Mk. Schalgardinen, erstklassiges Gewebe, Fenster 55, 75, 95 Mk. Madrasgardinen, dreiteilig, reich bestickt, Fenster 128, 165, 295 Mark, Halbstores mit Klöppel- und Filetansätzen 58, 85, 115 Mark, Bettdecken zweibettig, 90, 118, 165 Mark. Riesenposten Gardinenstoffe in allen Breiten, Mtr. von 6 Mark an.

Bettwäsche billig! Jetzt Einkauf günstig vor Preissteigerung. Ausgesuchte unserm Selbstkostenpreis. Deckbettbezug 38.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inletts 120.—. Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Fabrikerzeugung. Wäschefabrik Gerichtstraße 23. (Hasenheide).

Kleide dich billig, elegant! Jackettanzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200.—, jetzt 400.— bis 500.—, Covercoat-Paletots, blaue Kommunionanzüge; ferner Damenkostüme, Damenmäntel enorm billig, wegen Saisonende 50 Prozent herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Blaufüchse, Weißfüchse, Silberfüchse. Keine Lombardwaren. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Korbkinderwagen, kleiner, 160 M., verkauft Baumgarten, Alt-Moabit 36.

Damen-Schnürschuhe, Gr. 37, zu verkaufen. Frl. Schneider, Bülowstr. 88, Gartenhaus II.

Möbel

Parteigenossen! Möbel liefert billig und gut Möbelkaufhaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 143/144. Gut, langjährig bewährt.

Küchen, moderne, mit und ohne Einrichtung, lackiert, lasiert, roh, sehr neu 300 M. an. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 390.— bis 575.—, Rundhauptkissenfassons, Auflegematratzen, Patentmatratzen 120.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Reizende Schlafzimmer, Ankleideschrank, Trumeau, Sofaumbau, Bettstellen, Anrichteküche, Schrank u. Vertikow, Ausziehtisch, Ruhebett, Büfett, Schreibtisch verkauft Teig, Köpenicker Straße 154, IV.

Chaiselongues 180.— bis 600.—, Metallbetten 250.—, bis 2000.—, weiße Schlafzimmer. Meiche, Angustastr. 32a, Quergeb.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1900.—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Kaufgesuche

Prismengläser, Photoapparate kauft Haller, Neue Königstr. 19a.

Kobosti, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 163.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. Zahn, Alte Jakobstr. 133, Hallesches Tor.

Fahrräder

Fahrräder! Riesenauswahl gutgehaltener Herrenfahrräder, Damenfahrräder. Sportbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Riesenlager sämtlicher Gummimarken, Schlauch- und Preisabbau. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Karbid 4.50. Jedes Quantum. Wiederverkäufer Rabatt. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradankauf Kraus, Gr. Frankfurter Straße 62.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer kauft Wachsch, Neukölln, Emser Straße 74.

Ansiedelungen

Wandlitz-Basdorf. Landparzellen 16 und 30, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 6¼ Morgen Acker, Wiese, Fließ, am Bahnhof. Hallen, Steglitz, Bismarckstr. 12, Fernsprecher 2064.

Vermietungen

Möblierte Zimmer, Wohnungen vermietet, Kauf, Speziell Tausch, Bellingstr. 4 II, Moabit 4672. Nachweisbüro.

Verschiedenes

Ehrenerklärung. Hiermit nehme ich die Beschuldigung wegen Diebstahl von 1700 Mk. gegen Frau Ida Rele, Wigner Str. 20, mit Bedauern zurück, da sich das Geld in meiner Wohnung wieder angefunden hat. Hermann Beutler, Fr. Berger, Schreinerstraße 55.

Der Mord an Karl Liebknecht und Luxemburg (15. Januar 1919). Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials. Mit Photos der Ermordeten. Gegen Einsendung von 6 M. zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Helene Fleg, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Inserate
für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 6½ Uhr abends für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.